Titel: Aufstand der Aktionäre

macht Schule | Handelsblatt

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- wissen, was eine Aktiengesellschaft ist.
- über die Klage der Aktionäre informiert werden.
- sich bei der Auseinandersetzung mit dieser Klage eine eigenständige Meinung bilden, die sie auch vor der Klasse vertreten können.

Aufgaben

1) Beschreiben Sie die Aktiengesellschaft als Unternehmensform! Durch welche Merkmale wird die AG geprägt!
2) Nennen Sie die dargestellten Gründe für eine Klage gegen die Telekom AG!
3) Warum schmälern zu hoch angesetzte Immobilien bei einer späteren Abschreibung den Gewinn? Erklären Sie den Vorgang ihren Mitschülern!
4) Der Telekom AG wird vorgeworfen, den damals angeblich in Vorbereitung gewesenen Kauf von Voicestream nicht in ihrer Werbebroschüre erwähnt zu haben!
    a) Wie beurteilen Sie diesen Klagegrund?
    b) Angenommen der geplante Kauf wäre in der Werbebroschüre erwähnt worden! Was wäre passiert, wenn der Erwerb von Voicestream dann doch gescheitert wäre. Wäre dies nicht genauso gut ein Klagegrund?
5) Welche Meinung haben Sie zu diesem Rechtsstreit. Vertreten Sie eher die Meinung
    a) Aktionäre müssen immer auch mit Verlusten rechnen.
    b) Die Aktionäre wurden bewusst oder unbewusst getäuscht.

© WiGy-Club e.V. Wirtschaft zum Anfassen

Telekom-Anleger fühlen sich getäuscht

Von der ersten mündlichen Verhandlung erhoffen Anwälte vor allem Klärung darüber, welche Klagen überhaupt zugelassen werden

GERTRUD A. HUSSLA HANDELSBLATT, 23.11.2004 DÜSSELDORF. Wenn heute im Saal 165 C des Landgerichts Frankfurt am Main das Mammutverfahren gegen die Deutsche Telekom beginnt, wird Kleinaktionär Hans-Joachim Cronberger das sehr genau verfolgen. "Mein betagter Vater hat damals beim Börsengang die Mindeststückzahl gekauft. Er war als Soldat in Stalingrad und hat hinterher diesen Staat mit aufgebaut", sagt Cronberger als Erbe des heute Verstorbenen. "Jetzt hat ihn derselbe Staat über den Tisch gezogen. Das ist Betrug." Absolut seriös sei ihnen die Anlage nach den vielen Fernsehspots vorgekommen, sogar die Bank hätte auf dem Kontoauszug für den Erwerb von Telekom-Aktien geworben. "Die Summe, die wir mit dem späteren Kursrutsch der Aktie verloren haben, ist für kleine Pensionäre kein Pappenstiel."

Cronberger ist einer von rund 15 000 Anlegern, die gegen die Deutsche Telekom, den Staat und die Emissionsbanken wegen Prospektbetrugs Klage eingereicht haben. Mit 15 Regalmetern voller Klageschriften ist es der umfangreichste Prozess in der Geschichte der Bundesrepublik, obwohl aus Verjährungsgründen nur noch die Anleger zum Zug kommen, die bei der zweiten und dritten Tranche der Privatisierung gekauft haben. Richter Meinrad Wösthoff will jetzt für zehn Musterfälle klären, ob vorsätzlich oder fahrlässig falsche Angaben in den Prospekt geschrieben wurden. Die Grundstücke der Telekom waren angeblich um mehrere Milliarden Mark zu hoch bewertet. Ein Hinweis auf die damals 55 Mrd. Dollar teure Übernahme des US-Telekomkonzerns Voicestream hätte im Prospekt gefehlt.

Wer - so wie Cronenbergs Vater - die Mindeststückzahl von 60 Aktien zeichnete, hat seit der Zuteilung im Jahr 2000 einen Kursrutsch von damals 63,50 Euro auf etwa zehn im Jahr 2003 hinnehmen müssen und dabei knapp dreitausend Euro verloren. Beträge bis zu mehreren Millionen Euro klagen Anleger jetzt ein. Zu klären sind neben inhaltlichen Fragen des Prospekts erst einmal formelle Dinge. Nach Auskunft von Rechtsanwalt Ralf Plück von der Wiesbadener Kanzlei Doerr, Kühn, Plück war der Klageansturm kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist so heftig, dass das Fax des Landgerichts die Papierflut nicht mehr bewältigen konnte. In der Not haben die Anwälte viele Klagen bei den nicht zuständigen Gerichten Bremen und Bayern eingereicht. Ob diese Klagen zugelassen werden, dürfte der Richter heute bekannt geben und auch, ob etwa 17 000 Aktionäre noch in das Verfahren aufgenommen werden, die bei der Schlichtungsstelle Öra in Hamburg vergeblich eine Lösung auf außergerichtlicher Ebene angestrebt haben. Die Telekom verneint eine aufschiebende Wirkung dieser Schlichtungsverfahren. Anlegerschützer sind dagegen überzeugt, dass hier noch keine Verjährung eingetreten ist.

Inhaltlich geht es in erster Linie um die Bewertung der Telekom- Grundstücke nach der Privatisierung. 35 000 Immobilien mussten die Experten der Telekom damals neu bewerten. Dabei wählten sie zur Vereinfachung ein "Cluster-Verfahren": Sie bewerteten die Immobilien in Gruppen und nahmen sich nicht jedes Grundstück einzeln vor. Das aber verstößt nach Auskunft von Rechtsanwalt Klaus Rotter gegen das Handelsgesetzbuch. Die Hauruck-Methode führte zu einer drastischen Höherbewertung des Immobilienbestands. Statt vorher 23 Mrd. Mark lag er zum Börsengang bei 36 Mrd. Mark. Zu hoch bewertete Grundstücke führen bilanztechnisch später zu Abschreibungen, was die Gewinne schmälert. In der Tat hat die Telekom seit damals ihren Immobilienbestand wieder um 2,8 Mrd. Euro niedriger angesetzt.

© WiGy-Club e.V. Wirtschaft zum Anfassen

Zweiter inhaltlicher Punkt ist der überteuerte Kauf der US-Tochter Voicestream für 55 Mrd. Dollar, den die Telekom nur wenige Wochen nach dem Börsengang 2000 bekannt gab. "Ein Kauf in dieser Größenordnung war damals mit Sicherheit schon längst in Vorbereitung. Anleger hätten davon erfahren müssen", sagt Rechtsanwalt Plück.

Die Telekom verweigert bisher kategorisch, sich auf irgendeine Art von Kompromiss einzulassen. "Im Prospekt waren alle Informationen für die Bewertung des Unternehmens sowie der Aktie vollständig und richtig abgebildet", verdeutlicht ein Unternehmenssprecher die Telekom-Position. Der Konzern dürfte dabei vor allem eine US-amerikanische Sammelklage im Auge haben. Dort klagen ehemalige Voicestream-Aktionäre, was den Konzern nach US-Recht mehrere Milliarden Dollar Schadensersatz kosten könnte. Dagegen nehmen sich die 100 Millionen Euro der deutschen Kläger wie ein Kleckerbetrag aus. Mehr ist hier nicht zu holen, für 95 Prozent der Aktionäre ist die Sache nach deutschem Recht verjährt.

Nacht acht Jahren eine normale Aktie.

Berg-und-Tal-Fahrt: Keine andere Aktie symbolisiert das Börsenfieber in Deutschland so gut wie die der Deutschen Telekom. Und es gibt auch keinen zweiten Blue Chip im Deutschen Aktienindex (Dax), der besser den Boom und die anschließende Talfahrt widerspiegelt. Einem Kursgewinn von über 600 Prozent folgte der Absturz um über 90 Prozent.

Börsenfieber: Vor acht Jahren am 18. November 1996 für damals 28,50 DM (umgerechnet 14,57 Euro) an die Börse gekommen, löste die T-Aktie ein nie da gewesenes Börsenfieber aus. Dieses gipfelte in einem Delirium, dem sich kaum ein Anleger und Analyst entziehen konnte. Als die Telekom am 6. März 2000 ihr Allzeithoch von 103,90 Euro erreichte, empfahlen gut 90 Prozent der Investmenthäuser den Titel zum Kauf. Umgekehrt riet zweieinhalb Jahre später beim Kurs von 8,55 Euro kaum eine Bank, die Aktie zu erwerben. Lange hat es gedauert, bis Anleger, Analysten und Medien begriffen, dass die T-Aktie keine "Volksaktie" ist und sich demzufolge auch nicht den üblichen Börsengesetzen entzieht. Inzwischen ist Normalität eingekehrt und die Telekom mit Kursen von knapp 16 Euro eine ganz normale Aktie geworden.

Im Blickpunkt: Nicht geändert hat sich die große Beachtung. Allein in den vergangenen vier Wochen setzten sich 25 Investmenthäuser mit dem Titel auseinander. 17 rieten zum Kauf, sieben zum Halten, und nur eine Bank riet zum Verkauf. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nur wenige Großbanken nicht daran verdient haben, als der Bund das Bonner Unternehmen in bislang drei Tranchen an die Börse brachte.

Quelle: Handelsblatt, 23.11.2004

© WiGy-Club e.V. Wirtschaft zum Anfassen

Streitwert jagt Konzern keinen Schrecken ein

100 Millionen Euro hätten kaum Einfluss auf Ergebnis

HANDELSBLATT, 23.11.2004 tnt FRANKFURT/M. Die Deutsche Telekom muss den Ausgang des heute in Frankfurt beginnenden Gerichtsverfahrens kaum fürchten. Der addierte Streitwert der Schadensersatzklagen liegt bei geschätzten 100 Millionen Euro - ein Betrag, den der Bonner Telekommunikationskonzern aus der Portokasse begleichen könnte. Denn der auslaufende Abschreibungsbedarf und schwindende Schuldenberge geben allmählich wieder die Sicht auf die eigentliche Ertragskraft des Telekomriesen frei.

Allein in den ersten neun Monaten des laufenden Geschäftsjahres erwirtschaftete die Telekom einen Nettogewinn von 3,2 Milliarden Euro. Davon sollen nun auch die Aktionäre etwas haben. Die Telekom will für das Jahr 2004 erstmalig wieder eine Dividende zahlen - voraussichtlich 62 Cent je Aktie.

Auch was die Finanzmittelströme angeht, ist die Telekom ein regelrechtes Kraftpaket: Für das Jahr 2004 rechnet Finanzvorstand Karl-Gerhard Eick "im Minimum" mit einem Finanzmittelüberschuss (Free Cash-Flow) von sieben Milliarden Euro. Davor wurden bereits sieben bis acht Milliarden Euro für Investitionen und Zinsen abgezogen. Der Schuldenberg sank im Herbst auf einen Stand von unter 40 Milliarden Euro. Seit Anfang 2003 hat die Telekom damit 23 Milliarden Euro Schulden zurückbezahlt - rund eine Milliarde Euro pro Monat.

Die größte Profitquelle ist trotz sinkender Marktanteile das Festnetzgeschäft, das rund die Hälfte der operativen Gewinne einspielt. Zugleich ist das Festnetz aber auch die größte Baustelle im Konzern: Die Umsätze stagnieren, und Wachstum schaffen alleine schnelle DSL-Internetanschlüsse. Vor kurzem hat die Telekom deshalb beschlossen, die noch börsennotierte Internettochter T-Online zurückzukaufen und wieder in die Festnetzsparte einzugliedern.

Wachstumsmotor im Konzern ist derzeit der Mobilfunk. Mit rund 73 Millionen Handy-Kunden - unter anderem in Deutschland, Großbritannien und den USA - gehört die Telekom auch international zu den großen Anbietern. Die am schnellsten wachsende Auslandstochter ist dabei die in T-Mobile USA umbenannte amerikanische Mobilfunktochter Voicestream. Mittlerweile sind 16,3 Millionen Amerikaner Kunden der Deutschen Telekom.

Im Aktienkurs hat sich die positive Entwicklung der vergangenen zwei Jahre allerdings nur schwach niedergeschlagen. Die Mehrzahl der Analysten hält die T-Aktie für unterbewertet. Doch die Anleger fürchten unter anderem auch eine neue Verkaufswelle von Anteilen des Bundes, der noch gut 26 Prozent der Telekom-Anteile hält.

© WiGy-Club e.V. Wirtschaft zum Anfassen

Besitzer der T-Aktie sind Kummer gewohnt

Bund will sich bis 2006 von Telekom-Besitz trennen

HANDELSBLATT, 23.11.2004 fmd BERLIN. Vor ziemlich genau acht Jahren startete die Deutsche Telekom ihren Börsengang. Gut 714 Mill. Aktien wurden im November 1996 zu einem Preis von umgerechnet 14,57 Euro emittiert. Zu rund 26 Prozent befand sich die Telekom damit in privater Hand. Es ist übrigens der einzige Emissionskurs, bei dem Aktionäre auch jetzt noch ein Plus verbuchen würden - ohne weitere Berücksichtigung der Rendite.

Die nächsten Tranchen wurden zu Kursen begeben, die das Unternehmen seit Jahren nicht mehr gesehen hat. Im Juni 1999 wurden 280 Mill. Aktien zu einem Kurs von 37,50 Euro begeben, ein Jahr darauf weitere 200 Mill. Euro zum Preis von 66,50 Euro. Mit diesen Tranchen erhöhte sich der Anteil privater Aktionäre auf 39 Prozent. Einen weiteren Einschnitt für die Aktionärsstruktur stellte die Übernahme des US-Mobilfunkanbieters Voicestream dar, die mit Aktien finanziert wurde. Dadurch erhöhte sich das Grundkapital um mehr als ein Viertel auf 4,2 Mrd. Euro. Auf Druck der Regierung verkaufte die staatseigene KfW-Bankengruppe im Oktober 2004 rund 300 Mill. Aktien und Optionen für gut vier Mrd. Euro. Diese waren nur für institutionelle Anleger bestimmt. Weitere Privatisierungserlöse sind für das Stopfen von Haushaltslöchern vorgesehen. Bis zum Jahr 2006 will sich der Bund vollständig von seinen Telekom-Aktien trennen.

Gemeinsam mit der KfW wurde das Platzhaltermodell entwickelt. Danach veräußert der Bund seine Anteile ganz oder teilweise an die KfW. Diese zahlt einen Preis, der sich am Markt orientiert. Zudem gibt es einen Besserungsschein für den Bund, falls der Verkaufspreis einschließlich einer entsprechenden Vergütung über dem Einkaufspreis liegen sollte. Durch den Aktienverkauf im Oktober verringerte sich der Anteil der KfW an der Telekom von 17 auf zwölf Prozent. Der Bund selbst hält noch 26 Prozent der Anteile, woraus sich ein Streubesitz von 62 Prozent ergibt.

© WiGy-Club e.V. Wirtschaft zum Anfassen